



RATHAUS TELEGRAMM

Seite 2

FREIBAD WEST: SANIERUNG JETZT!

SPD-Fraktion mit klarer Position zur Bäderfrage in Erlangen

Seite 2

BAHN-AUSBAU: STADT HAT VERSAGT

Der Trassenausbau wird Erlangen verändern, die Stadtspitze hat zugeschaut. Nachträglich etwas zu tun wird teuer.

EIN RÜCKSCHLAG FÜR GÜNSTIGES WOHNEN

GBW-WOHNUNGEN VERKAUFT, KOMMUNEN BLEIBEN AUSSEN VOR

„Für die Sünden der Landesbank und der Staatsregierung zahlen nun die GBW-Mieter mit einer dauerhaften Unsicherheit. Eine Unsicherheit, die nicht hätte sein müssen.“ Fraktionsvorsitzender Dr. Florian Janik

Mit dem Verkauf der GBW-Wohnungen an ein privates Konsortium zieht in 32.000 bayerische Wohnungen, davon über 2.500 in Erlangen, die Angst als ständiger Mitbewohner mit ein. Was haben die neuen Eigentümer vor? Wie wollen sie den hohen Kaufpreis wieder verdienen? Wer darf wohnen bleiben? Wie viel Miete müssen die Bewohner künftig zahlen? Das sind alles Fragen, die sich die Mieterinnen und Mieter jetzt stellen.

Wären die Wohnungen an die Kommunen verkauft worden, könnten die Menschen besser schlafen. Es hätte dann nicht nur theoretische, sondern echte Sicherheit gegeben - so aber ist von den vielen Ankündigungen der CSU und der Staatsregierung nicht mehr viel übrig. Denn was die Sozialcharta bewirken kann, ist fraglich und schon heute umstritten. Ohne Frage muss man von einem schwarzen Tag für viele Bürgerinnen und Bürger in Erlangen und in ganz Bayern sprechen.

Erst verzocken sich Bankenmanager und CSU-Politiker bei der Landesbank, und damit diese saniert werden kann, werden jetzt, wo landauf landab über fehlen günstigen Wohnraum und Mietexplosionen gesprochen wird, gleich 32.000 Wohnungen auf einen Schlag privatisiert! Damit haben die Landesbank und die Staatsregierung eine große Chance vertan, einen wichtigen Beitrag zur sozialen Wohnungspolitik

in den Metropolregionen zu leisten - und das auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter. Denn sie sind es jetzt, die für die Sünden der Landesbank und der Staatsregierung zahlen, und zwar mit einer großen und dauerhaften Unsicherheit! Eine Unsicherheit, die nicht hätte sein müssen.

Trotzdem müssen wir jetzt in die Zukunft schauen. Denn auch wenn das kommunale Konsortium nicht zum Zuge gekommen ist, die Stadt Erlangen ist weiterhin gefordert. Die SPD-Fraktion hat deswegen schon kurz nach Bekanntwerden des Verkaufs beantragt, dass die Mieterinnen und Mieter bei der Stadt einen Ansprechpartner erhalten, der sie dabei unterstützt, ihre Interessen gegenüber dem neuen Eigentümer wahrzunehmen. Weiterhin forderte die SPD-Stadtratsfraktion, dass die Stadt das Gespräch mit dem neuen Eigentümer sucht, um klarzumachen, dass die Vereinbarungen der Sozialcharta auch umgesetzt werden müssen. Außerdem soll die Stadt Erlangen ihre bau- und planungsrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die GBW-Stadtteile nach integrativen, sozialverträglichen und energetischen Kriterien weiterzuentwickeln. „Wir lassen die Mieterinnen und Mieter nicht hängen, sondern stehen auch in Zukunft an ihrer Seite!“, erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Florian Janik. ■

Mieterschutz und soziale Wohnungspolitik einfordern: Hier finden Sie den Antrag der SPD-Fraktion im Wortlaut:

<http://www.spd-fraktion-erlangen.de/spd-antrag-zum-verkauf-der-gbw-wohnungen-mieterschutz-einfordern/>

Erlangen

SPD

BÄDER: FREIBAD WEST JETZT SANIEREN

SPD-FRAKTION FORDERT: HALLENBAD-NEUBAU SO BALD WIE MÖGLICH

Das Freibad West muss im Bestand unverzüglich saniert, der Sprungturm dabei erhalten werden. Die Sanierung ist so zu gestalten, dass ein neues Hallenbad als Ersatz für den Frankenhof als weiterer Bauabschnitt so bald wie möglich errichtet werden kann - auf diesen Nenner lässt sich die Haltung der SPD zum Thema „Bäder in Erlangen“ bringen. SPD-Stadträtin Gisela Niclas bezog in der Sitzung des Sportausschusses im April klar Position: „Der Frankenhof ist wirtschaftlich nicht zu sanieren, der Ersatz muss kommen, so bald wie möglich. Die Stadtwerke dürfen bei der Finanzierung von der Stadt nicht im Stich gelassen werden“, so Niclas.

Für die SPD-Fraktion sind ausreichende Wasserflächen für den Gesundheits- und Freizeitsport, aber auch für Schulen und Vereine unverzichtbar. Dieser sportpolitische Auftrag ergibt sich nicht nur aus

dem Sportentwicklungsgutachten aus dem Jahr 2006, sondern auch aus dem erfolgreichen Bürgerentscheid 2005. Seinerzeit hatte sich eine überwältigende Mehrheit der BürgerInnen gegen das Modell „Privatisiertes Röthelheim-Spaßbad“ und für den Erhalt als Freizeit- und Sportbad in öffentlicher Hand ausgesprochen.

Die neue Freibad-Infrastruktur im Westbad (Sanierungsbeginn: unmittelbar nach Ende der Freibadesaison 2013) soll so weitgehend wie möglich eine Doppelnutzung für das künftige Hallenbad gewährleisten. Das spart Kosten und Bauaufwand. Zum ersten Bauabschnitt gehören unter anderem ein Edelstahlbecken für das Sprungbecken, neue Filteranlagen für alle Becken sowie der Neubau des Eingangsbereichs und der Umkleiden. Über das weitere Vorgehen muss der Stadtrat noch in diesem Frühjahr eine Entscheidung treffen. ■

FÜR ERLANGEN IST DER ZUG ABGEFAHREN

FOLGEN DES BAUS VON S-BAHN UND ICE WERDEN GRAVIEREND SEIN

In Bamberg regt sich derzeit großer Widerstand gegen die Teilung der Stadt durch die Lärmschutzwände, die wegen des Baus der ICE-Strecke München-Berlin errichtet werden sollen - die Bahn muss wohl umplanen. In Erlangen dagegen werden die Folgen deutlich und gravierend sein. Das war die Erkenntnis des 2. Altstadtialoges, der sich mit den Folgen von S-Bahn-Bau und ICE-Ausbau befasste.

Bis zu fünf Meter hohe Lärmschutzwände könnten bald schon Stadt und Wiesengrund trennen. Für die Menschen wäre das nicht nur ein massiver Eingriff in das Stadtbild, sondern auch ein Verlust von Lebensqualität - der allerdings Realität werden dürfte. Denn auf Nachfrage kündigte der Vertreter der Bahn an, dass selbst im Falle stadtverträglicherer Lärmschutzmaßnahmen mit gleicher Effizienz nicht mit einem Rückbau der Wände gerechnet werden könne.

Für die SPD-Fraktion steht fest: Hier hat die Stadtspitze versagt. Schon frühzeitig hat die SPD-Fraktion Anträge gestellt, im Zuge des Bahnbaus die städtische Verkehrssituation und die Unterführungen vom Westen in die Innenstadt zu verbessern. Von Seiten der Stadtspitze hieß es dazu nur, es bestünde kein Handlungsbedarf.

Nun ist es zu spät. Ursula Lanig, Mitglied des Planungsausschusses: „Dass die Bahn möglichst standardisiert und damit billig bauen möchte, ist aus ihrer Sicht verständlich. Dass die Stadtspitze sich in keiner Weise engagierte, um Verbesserungen zu erreichen, ist ein Trauerspiel. Erlangen wird erhebliche Nachteile hinnehmen müssen, ohne Verbesserungen in der Verkehrsführung, die jetzt im Zuge des Baus möglich gewesen wären, zu bekommen. Was jetzt nicht in Angriff genommen wird, wird nach Vollendung der Bahnstrecke erheblich teurer!“ ■